



Auf dem Podium: Werner Henn, Beate Böhlen, Ute Förderer-Heers, Tobias Wald und Hans Schindler (von links). Foto: Philipp

Schulpolitik beherrschendes Thema

Podiumsdiskussion mit den Landtagskandidaten im Bürgerhaus Neuer Markt

Bühl (up) – Rund 30 Bürger nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Wahlprogramme der etablierten Parteien zu informieren. Die Landtagskandidaten Werner Henn (SPD), Beate Böhlen (Bündnis 90/Die Grünen), Tobias Wald (CDU) und Hans Schindler (FDP) stellten sich im Rechtecksaal des Bürgerhauses Neuer Markt in einer Podiumsdiskussion den Fragen der Anwesenden. Eingeladen hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

Was die CDU angesichts einer boomenden Wirtschaft im „Ländle“ besser machen könnte als Grün-Rot, wollte Moderatorin Ute Förderer-Heers zunächst von Tobias Wald wissen. Der erklärte, die gute Entwicklung sei vor allem der starken Weltwirtschaft zu verdanken. Es müsse allerdings viel mehr Geld in schnellere Internetverbindungen investiert werden, um die mittelständische Wirtschaft zu stärken, sagte der Landtagsabgeordnete.

Böhlen betonte, das Wirtschaftswachstum betrage im Land 2,4 Prozent, das seien 0,8 Prozent mehr als in den anderen Bundesländern.

Zu den beherrschenden Themen der Runde gehörte die Einführung der Gemeinschaftsschulen. „Die Bildungspolitik der Landesregierung ist ein Experiment“, kritisierte Hans Schindler, er forderte „qualitativ hochwertige Bildungssysteme“. Wald sieht zu viele über- oder auch unterforderte Schüler und plädierte für die Beibehaltung der verschiedenen Schultypen, die zur geringen Jugendarbeitslosigkeit von vier Prozent beigetragen hätten. Henn entgegnete, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sei zufrieden mit den Gemeinschaftsschulen. Auch deshalb, weil hier die individuelle Förderung groß geschrieben werde. Henn warf Wald an dieser Stelle vor, die CDU halte eine dazu von ihr selbst in Auftrag gegebene Studie bis nach den Landtagswahlen am 13. März zurück, weil diese die Landesregierung in

ihrer Schulpolitik bestätige. Böhlen erklärte, Werkrealschulen hätten schon deshalb geschlossen werden müssen, weil immer weniger Eltern ihre Kinder angemeldet hätten.

In der Flüchtlingspolitik lobte Böhlen ausdrücklich Bundeskanzlerin Angela Merkel und erntete dafür reichlich Beifall. Die Grünen-Abgeordnete



erklärte, dass „den Kommunen keine Kosten aufgebürdet“ würden. Dafür habe die Landesregierung gesorgt, indem sie die Zuweisungen pro Flüchtling auf rund 13000 Euro aufgestockt habe. Weiter sei die Zahl der Erstaufnahmeplätze auf 50000 erhöht worden, mit der Folge, „dass in Baden-Württemberg keine Turnhallen zu Flüchtlingsunterkünften umfunktioniert werden mussten“.

Eine Besucherin wollte wissen, warum es so lange gedau-

ert habe, bis auch in Baden-Württemberg das Bildungszeitgesetz eingeführt worden sei, dass es Arbeitnehmern ermöglicht, an fünf Tagen im Jahr Weiterbildungsmaßnahmen zu besuchen, ohne dafür Urlaub nehmen zu müssen. Wald sagte hierzu, dieses Gesetz hätte es nicht gebraucht, für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter sorgten die Betriebe sowieso. Schindler stellte fest, dass Betriebe mit weniger als fünf Mitarbeitern Probleme wegen der Fehlzeiten bekommen würden. Henn entgegnete, es entstehe durch die Weiterbildung auch eine Wertschöpfung, die dem Betrieb zugute komme. Im Übrigen seien kleine Betriebe von der Regelung sowieso ausgenommen.

Am Ende riefen alle Kandidaten dazu auf, unbedingt zur Wahl zu gehen und einer der etablierten Parteien ihre Stimme zu geben. Extremistische Positionen wie die der Alternative für Deutschland (AfD) dürften nicht stärker werden im Land, darin waren sich alle Kandidaten einig.